



NEWSLETTER Christian Piwarz

September 2017

Ihr Landtagsabgeordneter im Dresdner Osten

Liebe Leser,

die Wahlergebnisse für die CDU bei der Bundestagswahl sind bitter – vor allem für uns in Sachsen. Für mich ist klar: Ein „Weiter so“ geht nicht! Die Wähler haben uns dieses deutliche Signal gegeben.

Diese Ohrfeige hat ohne Zweifel gegessen. Jetzt geht es darum, genau hinzusehen, warum die Wähler so entschieden haben und was die Gründe dafür sind. Darüber müssen wir mit den Menschen ins Gespräch kommen und dann die richtigen Schlüsse ziehen – sowohl in Sachsen als auch im Bund.

Generalsekretär Peter Tauber hat zugesagt, mit den Dresdnern und vor allem mit den Mitgliedern der CDU in meinem Wahlkreis über die Ursachen der Wahlergebnisse und die Schlussfolgerungen daraus ins Gespräch zu kommen. Ich hatte ihn eingeladen, um mit ihm über die Hintergründe und Gefühlslagen hier in Sachsen und Dresden zu sprechen. Ich freue mich, dass er so schnell reagiert und zugesagt hat.

Auch in Sachsen haben wir unsere Hausaufgaben zu machen. Hier stehen wir in Verantwortung. Beispielsweise in der Sicherheitspolitik: Wir sind in der Pflicht, dass Gerechtigkeits- und Rechtsstaatsempfinden der Bevölkerung zu befriedigen. Das gilt bei der konsequenteren Abschiebung abgelehnter Asylbewerber ebenso wie bei Bekämpfung der Drogenkriminalität oder der Straftaten im grenznahen Raum. Das gilt insbesondere beim Thema Flüchtlinge.

Neben dem Thema Sicherheit finden Sie in meinem Newsletter regelmäßig Beiträge zur Bildungspolitik und Digitalisierung. Dies sind drei maßgebliche Schwerpunkte unserer Arbeit im Sächsischen Landtag. Beim Lehrermaßnahmepaket hapert es teilweise noch an der Umsetzung in der Verwaltung. Da bleibe ich auch ganz persönlich dran. Weiterhin werden wir zeitnah Vorschläge unterbreiten, wie wir

Weitere Themen dieser Ausgabe:

Aus dem Wahlkreis:

- Veranstaltungsreihe zum neuen Schulgesetz

Aus dem Landtag:

- Exzellente Wissenschaftler holen und halten
- CDU-Europapolitiker fordert Reformen nach Brexit
- Förderung von Forschung & Entwicklung für kleine Unternehmen
- Erfolgreicher Mittelstand braucht gute Fachkräfte
- Finger weg vom Diesel!
- CDU für ein echtes Gesichtverschleierungsverbot
- Eltern in die Verantwortung nehmen
- Rückholquote beim Unterhaltsvorschuss verbessern!
- Aktuelle Debatte: „Starke Wirtschaft, starke Löhne – weniger Kinder in Armut“
- Bundesgerichtshof in Leipzig stärken – weiteren Strafsenat einrichten!

den Einkommensunterschied zu Lehrern in anderen Bundesländern verringern oder ganz auflösen.

Jetzt gilt es: Schultern gerade machen, den Blick nach vorn – Themen benennen, aus Fehlern lernen und Probleme lösen. Das ist der einzige Weg, um verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen. Daran können Sie auch weiterhin mich und meine Arbeit messen.

„Justiz in Sachsen“ – Gesprächsrunde mit Justizminister Sebastian Gemkow

Anstoß für diese Veranstaltung war eine (Fehl-) Entscheidung der Dresdner Staatsanwaltschaft. Für die mutmaßlichen Täter, die am Haltepunkt

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202
Tel.: 0351 - 32 31 666
www.christian-piwarz.de

| 01259 Dresden
| Fax: 0351 - 451 031 55 20
| christian.piwarz@slt-sachsen.de



CDU

DIE SÄCHSISCHE UNION

Dresden-Zschachwitz einen Mann in die Gleise gestoßen haben, wurde zunächst kein Haftbefehl beantragt. Für mich, wie für viele Dresdner, unverständlich. Zu Recht hat die Politik auf solche Entscheidungen keinen direkten Einfluss – auf die Rahmensetzungen für die Justiz in Sachsen aber durchaus. Die Diskussionsrunde widmete sich daher den Fragen „Vor welchen Herausforderungen stehen die sächsischen Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsanstalten? Müssen Strafrahmen verschärft und die Ausstattung für die Strafverfolgung verbessert werden?“ Ich freue mich sehr, dass Justizminister Sebastian Gemkow persönlich die gut 30 Gäste in Bühlau informierte und die vielseitigen Fragen ausdauernd beantwortete.

Zunächst umriss der Staatsminister ganz klar, was sind die aktuellen Aufgaben, wo bestehen Probleme und mit welchen Maßnahmen wird gegensteuert. Sebastian Gemkow führte aber auch aus, in welchen Punkten eine Lösung noch ausstehe. Zusammenfassend ist die zentrale Herausforderung auch in den Gerichten den bevorstehenden harten Generationenwechsel abzufedern. Darüber hinaus müssen für neue Aufgaben zusätzlich gut qualifizierte Köpfe, vor allem mit versierten IT-Kenntnissen gewonnen werden. Bereits heute wird über den aktuellen Bedarf eingestellt. Dies muss in den kommenden Jahren fortgeführt werden, damit das Gerichtswesen zukünftig eine gesunde Altersstruktur erhält.

Steigende Asylbewerber- und Flüchtlingszahlen bedeuten steigende Fälle für die Justiz. Mit 40 zusätzlich eingestellten Verwaltungsrichtern



konnten die Asylverfahren auf gut einen Monat verkürzt werden. Diese Richter könnten nach der Bewältigung der Verfahren andere Kammern entlasten. Die Zunahme an Strafverfahren und an ausländischen Strafgefangenen stellen die Strafkammern und Mitarbeiter in den Gefängnissen vor zusätzliche und teils ganz neue Aufgaben. Einig waren wir uns, dass wir ohne ideologische Scheuklappen an ihre Lösung herangehen müssen. Zum Beispiel, wenn ausländische Straftäter den Resozialisierungsansätzen im Strafvollzug nicht zugänglich sind. Dann muss über andere Methoden wie Arrest wieder ernsthaft nachgedacht werden.

Neue Wege erfordert auch der Wandel in unserer gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Zunehmende Verrohung und vor allem eine hohe Gewaltbereitschaft aus dem Schutz von Gruppen heraus erschweren die Strafverfolgung. Diese Phänomene – ob bei Fußballspielen oder im Umfeld politischer Demonstrationen – haben deutlich zugenommen. Klare Zustimmung der Teilnehmer für die Überlegung Gemkows, bereits die Teilnahme an unfriedlichen Ansammlungen zukünftig als Straftatbestand zu definieren.

Auf Initiative des Freistaats Sachsens im Bundesrat ist das sogenannte „Grabschen“ bereits mehr als eine tätliche Beleidigung. Dies kann zukünftig mit erheblichen Strafen geahndet werden. In der Diskussion wurden große Bedenken über die weitere gesellschaftliche Entwicklung geäußert. Allein mit Rechtsmitteln wird dem nicht zu begegnen sein. Jeder einzelne ist gefragt in seinem Wirkungsfeld durch eine „Kultur des Hinsehens und Handelns“ dem Wandel in unserer Gesellschaft entgegenzutreten.

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202
Tel.: 0351 - 32 31 666
www.christian-piwarz.de

| 01259 Dresden
| Fax: 0351 - 451 031 55 20
| christian.piwarz@slt-sachsen.de



Neues aus dem Landtag - September 2017

CDU-Europapolitiker fordert Reformen nach dem Brexit

„Die EU muss für die Bürger funktionieren!“, das war die Kernbotschaft der CDU-Fraktion in der Aktuellen Debatte um die Zukunft der Europäischen Union. Der europapolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Marko Schiemann plädierte für eine Reform der EU, um die Funktionsfähigkeit zu erhalten. „Wer nach dem Brexit blind die Vertiefung bürokratischer Strukturen der Europäischen Union fordert, hat die Botschaft aus Großbritannien nicht verstanden“, mahnte Schiemann.

Mit Blick auf Sachsen ist es nun besonders wichtig, dass die Politik für die Regionen verstärkt wird und dies auch im Haushalt spürbar wird. „EU-Mittel müssen vor Ort ankommen, um den Aufholprozess der ostdeutschen Länder zu unterstützen. Wenn das Schengen-System der offenen Grenzen innerhalb der EU nicht funktioniert, sind die Nationalstaaten in der Verantwortung, für ihre Bürger zu reagieren“, so der CDU-Europapolitiker. Jetzt müsse man sich auf die fortgesetzte Stabilisierung des EU-Währungsgebietes konzentrieren. Eine vorschnelle Erweiterung des Euroraums lehnt die CDU ab.

Gesetz öffnet den Markt für private Sportwetten-Anbieter

Der Landtag hat die Vorschriften zur Regulierung des Marktes für Sportwetten punktuell geändert. Zunächst bis zum 30. Juni 2021 wird 35 privaten Anbietern die Veranstaltung von Sportwetten erlaubt. In dieser Experimentierphase erhalten alle Bewerber die Zulassung, die in einem laufenden Konzessionsverfahren, die Mindestanforderungen erfüllt haben. Damit reagiert der Gesetzgeber auf ein Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichtes zum bisher vorgesehenen Konzessionsverfahren. Die anschließend öffentlich diskutierten Verschärfungen im Gesetz wurden bereits vor fünf Jahren verabschiedet und treten jetzt in Kraft. Dazu zählen der größere Abstand zwischen den Spielhallen und zu Schulen, um den Jugendschutz zu verbessern und der Spielsucht entgegenzuwirken.

Wir schaffen Karriereperspektiven für Wissenschaftler an Sachsens Hochschulen

Der Landtag hat das Hochschulfreiheitsgesetz geändert. Die Neuerungen zielen darauf, exzellente Wissenschaftler nach Sachsen zu holen und hier zu halten. Sachsens Hochschulen können jetzt am Bund-Länder-Programm zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses teilhaben. „Sogenannte Tenure-Track-Professuren eröffnen zukünftig jungen Wissenschaftlern einen eigenständigen Karriereweg und verlässliche Berufsperspektiven“, erklärte CDU-Hochschulpolitikerin Aline Fiedler die Zustimmung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung. Konkret wurden bereits 18 dieser vorerst auf 6 Jahre befristeten Stellen für Professuren an der Technischen Universität Dresden und 8 Stellen in Freiberg durch die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz der Länder genehmigt. Auch gegen den Abruf von Professuren wappnet sich der Freistaat. Um Professuren zu halten, kann die Besoldung W2 ohne Ausschreibung auf W3 aufgestockt werden, das Einvernehmen des zuständigen Ministers vorausgesetzt.

Schäfer erhalten in Sachsen Unterstützung

Welche wichtige Leistung Hirten mit ihren Schafen für die Pflege von Grünflächen, Deichen und in speziellen Schutzgebieten erbringen, ist uns in Dresden vielleicht wenig präsent. Schafhirte sollen zukünftig weitere Unterstützung erhalten. Den Inhalt eines gemeinsamen Antrags der Fraktionen von CDU und SPD erklärte der landwirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Andreas Heinz: „Wir wollen die Wiedereinführung einer Mutterschafprämie, die Sicherung des Betriebseinkommens und des Berufsnachwuchses verbessern. Dazu gezielte Fördermaßnahmen, wie zum Beispiel Schutzmaßnahmen vor Wolfsübergriffen und eine unbürokratische Entschädigung in diesen Fällen.“

Erfolgreicher Mittelstand braucht gute Fachkräfte – Berufliche Bildung stärken

Die Arbeitslosenquote ist so niedrig wie noch nie. Es ist ein kontinuierlicher Rückgang seit 2002 in Höhe von 405.300 auf 138.319 zu verzeichnen.

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202
Tel.: 0351 - 32 31 666
www.christian-piwarz.de

| 01259 Dresden
| Fax: 0351 - 451 031 55 20
| christian.piwarz@slt-sachsen.de



Verantwortlich sind dafür verlässliche politische Rahmenbedingungen sowie die demographische Entwicklung in Sachsen. Heute konkurrieren die Betriebe um die Ausbildungsbewerber. Insgesamt 5.326 freien Stellen stehen nur 3.278 Ausbildungsbewerber gegenüber. Die Absicherung des Fachkräftebedarfs für die sächsische Wirtschaft rückten die Koalitionsfraktionen vor diesem Hintergrund in der Aktuellen Debatte auf die öffentliche Agenda.

In der Debatte machte der CDU-Wirtschaftsexperte deutlich, dass die Wertschätzung der beruflichen Bildung verbessert werden muss. „Die Bildungsqualität an Oberschulen gilt es im Kampf zur Gewinnung von Fachkräften zu erhalten und auszubauen. Ergänzend ist das duale System qualitativ im ländlichen Raum fach- und ausbildungsspezifisch fortzuführen. Dabei können zielgruppenorientierte Arbeitsmarktprogramme nicht die langjährige Ausbildung in Oberschulen und im dualen System ersetzen“, so Frank Heidan.

Fakt ist, Flüchtlinge werden das Fachkräfteproblem in Sachsen nicht lösen. Perspektivisch wird es für die Kleinen und mittleren Unternehmen nicht einfacher Auszubildende und Fachkräfte zu finden. Darauf können wir als Politiker nur stetig hinweisen. Ein guter Facharbeiter hat in Sachsen eine Arbeitsplatzgarantie, das ist nicht bei vielen Studienabschlüssen der Fall. Die Stärkung der Oberschule ist uns daher als CDU besonders wichtig.

Förderung von Forschung & Entwicklung für kleine Unternehmen

Mit einem gemeinsamen Antrag haben CDU und SPD eine Förderrichtlinie auf den Weg gebracht, die ergänzend zu bisherigen Förderkriterien insbesondere Kleinst- und Kleinunternehmen bei der Weiterentwicklung von Produkten und Kleinserien unterstützt.

Für die CDU-Fraktion erklärte Stefan Meyer den neuen Ansatz: „Wir wollen Wege finden, die mittelständisch geprägte Wirtschaft noch enger mit der Wissenschaftslandschaft in Sachsen zu verzahnen, um den Technologietransferprozess zu beschleunigen. Wir stärken die externe gemeinnützige In-

dustrieforschung, um die Kleinteiligkeit unserer Wirtschaftslandschaft ohne eigene Forschungsabteilungen mit Hilfe dieser anwendungsorientierten Forschungsinstitute zu überwinden. Als Politik tun wir gut daran, dieses Engagement durch die Verzahnung von Forschung und Unternehmen zu unterstützen und die Potentiale noch besser für die Entwicklung zu heben“

Bericht zum Modellprojekte „Eltern-Kind-Zentren“

Ein Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag ist die Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu Eltern-Kind-Zentren. An dem Modellprojekt beteiligen sich sachsenweit 31 Kitas. Auf Antrag von CDU und SPD beauftragte der Sächsische Landtag im September die Staatsregierung einen Bericht über die mit jährlich 500.000 Euro geförderten Projekte vorzulegen.

Intention der Zentren ist es, möglichst viele Eltern aus dem unmittelbaren Sozialraum einer Kita zu erreichen, durch eine Weiterentwicklung der Elternarbeit oder die Aufnahme von und Vernetzung mit Angeboten der Familienbildung im unmittelbaren Wohnumfeld. Der Bericht soll herausarbeiten, welche Merkmale die Zentren von regulären Kitas unterscheiden; welche Rolle sie tatsächlich im jeweiligen Sozialraum einnehmen; welche Aufwendungen die Kommunen haben und wie die Zusammenarbeit zwischen den Verantwortlichen im jeweiligen Sozialraum funktioniert. Die CDU-Fraktion erwartet sich von den Erfahrungen der einzelnen Modellstandorte Aufschluss, ob und möglicherweise in welcher Form eine flächendeckende Ausweitung sinnvoll ist. ■

Neues aus dem Landtag - September 2017

Finger weg vom Diesel! - Verbraucherrechte stärken, Zukunft der Automobilindustrie sichern!

Nach dem Dieseltreffen kritisierte die CDU-Fraktion die ausschließlich ideologisch geführte Debatte um die deutsche Automobilindustrie.

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202
Tel.: 0351 - 32 31 666
www.christian-piwarz.de

| 01259 Dresden
| Fax: 0351 - 451 031 55 20
| christian.piwarz@slt-sachsen.de



Deutsche Dieselmotoren gehören zur Weltspitze, sie verbrauchen heute 25% weniger Sprit als Benzinmotoren. Der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Andreas Nowak, verwies in der Aktuellen Debatte auf die Forschungsergebnisse des Dresdner Professors Matthias Klinger vom Fraunhofer-Institut für Verkehrs- und Infrastruktursysteme IVI. Danach werden nachweislich 90% des Feinstaub durch wetterbedingte Phänomene produziert, die restlichen 10% teilen sich Autos, Fahrräder, Baustellen und Kamine. Umweltzonen sind daher keine zielführende Lösung, den Feinstaub in unseren Städten zu reduzieren.

„Fest stehe aber auch, dass der Elektroantrieb eines der Zukunftsthemen der nächsten Jahre sein wird“, so Nowak. Neue Ideen sind gefragt, wenn wir international mithalten wollen. Das heißt vor allem, wir müssen in die Lade-Infrastruktur investieren und Freiräume für Experimente zum autonomen Fahren schaffen. Mobilität braucht einen Dreiklang: „Es muss ökonomisch, ökologisch und sozial ausgewogen sein. Innovationen sind hier gefragt und nicht ideologische Mottenkisten.“

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion Frank Heidan ergänzte verärgert über den Diskussionsverlauf im Plenum: „Es wird eine unsägliche Diskussion zu Lasten des ‚kleinen Mannes‘ geführt! Er soll das ideologische Ziel der Grünen, die Abschaffung sämtlicher Benzin- und Diesel-Automobile, teuer bezahlen. Handwerksbetriebe, Mittelstand und Berufspendler fahren Diesel – ein Fahrverbot kommt einer Enteignung gleich. Das machen wir nicht mit!“

CDU-Fraktion für ein verfassungskonformes Verbot der Gesichtverschleierung

Die AfD scheiterte im Landtag mit einem Sächsischen Verschleierungsverbotsgesetz. Rico Anton erklärte, warum die CDU nicht zustimmen konnte: „Der Entwurf war ohne Zweifel verfassungswidrig! Das, was hier abgeliefert wurde, war nicht mehr als plumper Populismus.“ Alle deutlichen Hinweise und Stellungnahmen der Experten aus der Anhörung zum Gesetzentwurf wurden ignoriert. Ziel war nicht die Regelung zu verabschieden, sondern noch

Die AfD macht im Landtag
Bundestagswahlkampf
und bringt ein offenkundig
verfassungswidriges
Gesetz ein. Wir arbeiten
derweil an einem echten
#Verschleierungsverbot

Rico Anton
CDU-Innenpolitiker



vor dem Wahltermin am 24. September im Plenum öffentlichkeitswirksam zu polemisieren. Das Gesetz war schlicht erneut handwerklich schlecht gemacht: Es gibt beispielsweise keine Ausnahme für Schutzkleidung gegen Nässe und Wind, für den Arbeitsschutz, für Motorradhelme oder für Verkleidungen zu anderen Anlässen. Dies lässt sich wegen der offensichtlich abschließenden Regelung auch nicht im Wege der Auslegung „hineinlesen“.

Rico Anton betonte, dass die CDU derweil weiter an einem echtem Verschleierungsverbot arbeitet. Es sind die Bereiche zu berücksichtigen, in welchen das Verbot einer Gesichtverschleierung tatsächlich notwendig und zulässig ist.

Bundesgerichtshof in Leipzig stärken – weiteren Strafsenat einrichten!

Einstimmig verabschiedete der Sächsische Landtag den Antrag der Regierungskoalitionen zur Stärkung des Bundesgerichtshofes in Leipzig. „25 Jahre nachdem die Bundesregierung und der Deutsche Bundestags sich durch die sogenannte ‚Rutschklausel‘ für den Standort ausgesprochen haben, ist es an der Zeit, dass der Bund ermöglicht, mindestens einen weiteren Senat in Leipzig einzurichten.“, forderte der CDU-Rechtsexperte Martin Modschiedler. „Wir waren mit der CDU-Fraktion am Standort in Leipzig und haben uns ein Bild von der Lage gemacht. Das hat unsere Forderung an den Bund

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202
Tel.: 0351 - 32 31 666
www.christian-piwarz.de

| 01259 Dresden
| Fax: 0351 - 451 031 55 20
| christian.piwarz@slt-sachsen.de



bestätigt, dass die Erweiterung des Standortes zur Bewältigung der rechtsstaatlichen Aufgaben dringend notwendig ist. Leipzig ist ein attraktiver Standort für ein oberstes Bundesgericht mit langer Rechtstradition“, so der CDU-Politiker. Mit diesem eindeutigen Votum flankiert der Landtag den stetigen Einsatz von Justizminister Sebastian Gemkow für die Stärkung des Gerichtsstandortes Leipzig.

Eltern in Verantwortung nehmen - Rückholquote beim Unterhaltsvorschuss verbessern!

Unsere frauenpolitische Sprecherin Daniela Kuge erklärte in der Debatte die Zielstellung des gemeinsamen Antrags der Koalitionsfraktionen: „Beim Unterhaltsvorschuss geht der Staat in Vorleistung. So verursachten in 2016 säumige oder nicht auffindbare Unterhaltszahler dem Freistaat zusätzliche Kosten von mehr als 56 Millionen Euro!“ Die sogenannte Rückholquote soll nun erhöht werden. „Wer sich für Kinder entscheidet, sollte auch Verantwortung übernehmen! Was Eltern unter sich klären müssten, klären wir – nicht um die säumigen Zahler zu schützen, sondern zum Wohle der Kinder“, mahnte Kuge.

Im Ergebnis beauftragte der Landtag mit wenigen Enthaltungen die Staatsregierung die aktuelle Situation der Inanspruchnahme des Unterhaltsvorschusses sowie die Ursachen darzustellen. Außerdem ist zu berichten, welche Anstrengungen unternommen werden, bundesweit eine einheitliche Vorgehensweise und Zusammenarbeit zu ermöglichen und wie bspw. das Land die Kommunen unterstützen kann, um die Rückholquoten zu erhöhen.

Hintergrund: Im Rahmen des Unterhaltsvorschusses geht der Staat in Vorleistung für den ausbleibenden Barunterhalt eines Elternteils. Diese Sozialleistung für Alleinerziehende tragen zu jeweils einem Drittel Bund, Ländern und Kommunen. Mit der Ausweitung des Anspruchs von der Geburt bis zur Volljährigkeit ist mit einer Steigerung um 50 % zu rechnen. Die vorgestreckten Mittel können bisher nur begrenzt und landesweit sehr unterschiedlich beim anderen Elternteil zurückgeholt werden. In Sachsen lag die Rückholquote 2014 mit 16% deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.

Säumige Unterhaltszahler kosten Sachsen 56 Mio. Euro.
Wer sich für Kinder entscheidet, muss auch Verantwortung übernehmen!

Daniela Kuge
CDU-Familienpolitikerin

Aktuelle Debatte: „Starke Wirtschaft, starke Löhne – weniger Kinder in Armut“

Die Zahl der Kinder, die auf „Harzt IV“ angewiesen sind, konnte in den letzten zehn Jahren um 1/3 reduziert werden. Und das trotz steigender Kinderzahlen. Zurückzuführen ist die Verbesserung auf die stabile Wirtschaftslage und der damit verbundenen positiven Arbeitsmarktentwicklung im Freistaat Sachsen. Eltern in Arbeit zu bringen, ist noch immer der beste Weg, Kindern ein finanziell stabiles Umfeld zu ermöglichen.

Um die positive Entwicklung in Sachsen weiter voranzutreiben, wird die CDU-Fraktion neben den Verbesserungen am Arbeitsmarkt durch neue Jobangebote eine „wirksamere Unterstützung durch die Jobcenter“ sicherstellen. Gerade Familien und Alleinerziehende sollen noch stärker bei der Jobfindung Unterstützung erfahren. ■

Termine meiner Bürgersprechstunden:

26.10.2017, 16-18 Uhr

Ortsamt Loschwitz
Grundstraße 3, 01326 Dresden

21.11.2017, 15-16:30 Uhr

Ortsamt Prohlis, Bürgersaal
Prohliser Allee 10, 01239 Dresden

sowie nach Vereinbarung

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202
Tel.: 0351 - 32 31 666
www.christian-piwarz.de

| 01259 Dresden
| Fax: 0351 - 451 031 55 20
| christian.piwarz@slt-sachsen.de



CDU

DIE SÄCHSISCHE UNION

Veranstaltungsreihe zum neuen Schulgesetz

Im April dieses Jahres wurde das neue Sächsische Schulgesetz durch den Sächsischen Landtag verabschiedet. Gemeinsam mit meinen Dresdner Landtagsabgeordneten führe ich dazu eine Veranstaltungsreihe durch. Über die bedeutendsten Veränderungen wollen wir darin informieren und gleichzeitig ins Gespräch.

„Inklusion an Sachsens Schulen – Wunsch und Wirklichkeit. Welchen Weg gehen wir?“

lautete der Titel der Auftakveranstaltung. Mit meiner geschätzten Kollegin Iris Firmenich, die Expertin der CDU-Landtagsfraktion begrüßte Patrick Schreiber über 30 interessierte Schulleiter, Lehrer und Vertreter von Eltern- und Schülerräten.

Sachsen steht bei der Inklusion von förderbedürftigen Kindern gar nicht schlecht da. Heute werden schon fast 33% dieser Schüler im Freistaat an Regelschulen unterrichtet. Deutlich wurde angesprochen, dass auf das Wohl aller Kinder - förderbedürftig oder nicht - geachtet werden müsse. Nicht jedes Kind, das unsere besondere Unterstützung bedarf, kann dem Druck und den Ansprüchen einer Regelschule gerecht werden. Für die Kinder ohne Förderbedarfe ist es nicht gerecht, wenn verhaltensauffällige Kinder den Unterrichtsablauf massiv stören.

Deshalb setzt Sachsen auf eine behutsame und qualitativ hochwertige Inklusion durch Kooperationsverbände. Der Grundgedanke dieses Modells



sieht vor, dass bis 2021 alle sächsischen Schulen auf freiwilliger Basis, in einem Kooperationsverbund organisiert sind. Jeder Verbund soll aus zehn bis elf Grundschulen, vier Oberschulen, ein bis zwei Gymnasium und Berufsschulen, sowie zwei bis drei Förderschulen bestehen. Wenigstens eine Grund- und Oberschule je Verbund sollen dabei das Profil „Inklusion“ aufweisen, quasi federführend bei der Umsetzung der Inklusionsbemühungen an den Regelschulen wirken. Den Förderschulen kommt dabei die Aufgabe zu, die anderen Schulen mit ihren langjährigen und ausgiebigen Erfahrungen im Bereich der Sonderpädagogik regional und überregional unterstützend zu beraten.



Zum zweiten Themenabend war es an mir, die interessierten Gäste im Volkshaus Laubegast zum Thema **„Stärkung der Oberschulen – Was tun wir für das Rückgrat unseres Schulsystems?“** zu begrüßen. Patrick Schreiber führte als Vorsitzender des Schulausschusses im Sächsischen Landtag kurz in die Thematik ein.

Gerade in den Großstädten hat sich mit dem Absenken des Zugangskriteriums für die Gymnasien auf einen Notenschnitt von 2,5, die Wahrnehmung verfestigt, dass nur über das Abitur ein guter Lebensweg mit allen Chancen verbunden sei. Mit unserem damaligen Koalitionspartner, der FDP konnten wir 2009 dieses Anliegen der SPD nach 5 Jahren rückgängig machen. Dennoch ließ sich die scheinbare Abwertung des Realschulabschlusses nicht mehr abwenden. Dabei ist er der zentrale Abschluss, um in die Ausbildung und das Berufsleben einzusteigen. Der Ruf der Oberschule hat

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202
Tel.: 0351 - 32 31 666
www.christian-piwarz.de

| 01259 Dresden
| Fax: 0351 - 451 031 55 20
| christian.piwarz@slt-sachsen.de



damit ebenfalls gelitten. Zu Unrecht, da waren sich die Gäste einig. „Wir müssen vor allem in den Köpfen der Menschen etwas bewegen.“ „Aber auch der Entwicklung zu Brennpunktschulen muss aktiv entgegengewirkt werden“, umreißen zwei Teilnehmer die aktuelle Ausgangssituation.

Was steckt zur Stärkung der Oberschulen nun im neuen Schulgesetz? Die Entlastung der Lehrer und Unterstützung der Schüler durch Angebote der Jugendhilfe. Die flächendeckende Finanzierung von Schulsozialarbeitern an den Oberschulen und das Landesprogramm Schulsozialarbeit mit insgesamt 30 Mio. Euro wurde von den Praktikern als hilfreiches Instrument gewürdigt. In der Diskussion wurde offensichtlich, dass unsere Vorstellungen zum Wirken der Sozialpädagogen auch vor Ort umgesetzt werden müssen. Eine Evaluierung ist vorgesehen und dringend erforderlich. Ebenfalls nachgefragt wurde, wie die zeitnahe Besetzung der Stellen angesichts des allgemeinen Fachkräftemangel sichergestellt werde. Hier sind wir sehr zuversichtlich, denn bis zum 01.08.2018 haben sowohl die freien Träger als auch der Schulträger ausreichend Zeit zur Vorbereitung. Zum anderen sind diese Stellen langfristig gesichert und nicht von der Haushaltslage abhängig. Das sind grundsätzlich attraktive Bedingungen. Vor Ort sind die Akteure natürlich ebenfalls in der Pflicht, gute Rahmenbedingungen zu schaffen.

Die Oberschulen bilden die Praxiselite aus, „doch viele Schüler scheinen keine motivierende Zielstellung für den eigenen Berufs- und Lebensweg zu haben“. Diese Einschätzung eines Schulleiters belegt, eine grundsätzliche Beobachtung, der wir mit Praxisberatern gegensteuern. Uns geht



es um die individuelle und möglichst frühzeitige Berufsorientierung. Wer weiß, wo er hin will; wem Perspektiven eröffnet werden, der wird motiviert auf einen guten Abschluss hinarbeiten. Nachweislich profitieren die leistungsschwächeren Schüler besonders von der Arbeit der Praxisberater. Der Freistaat Sachsen wird daher ab 2020 Praxisberater an allen Oberschulen finanzieren. Außerdem werden zukünftig die Leitungsgremien der Oberschule durch einen neuen „Fachleiter individuelle Förderung und Berufsorientierung“ gestärkt, um im Vergleich zu den Gymnasien gleiche strukturelle Bedingungen zu schaffen.

In der angeregten Diskussion wurden nicht nur konkrete Maßnahmen zur Stärkung der Oberschule und zum Imagewandel erörtert. Auch der aktuelle Lehrermangel, die Lehrerausbildung oder wie das soziale Klima an allen Dresdner Schulen verbessert werden kann, wurden thematisiert. Einiges haben die Teilnehmer uns Landtagsabgeordneten ins Hausaufgabenheft geschrieben. Wir werden den Sachverhalten und Vorschlägen nachgehen.

Zwei wirklich gelungene Veranstaltungen, die Freude auf die anstehenden Termine meiner Kollegen macht. [Sie sind herzlich eingeladen!](#) [Alle Themen und Termine finden Sie auf meiner Homepage.](#) ■

Bildnachweise:

„Justiz in Sachsen“ - Heike Ahnert, 2017.
Themenbilder - CDU Fraktion im Sächsischen Landtag, 2017.
„Veranstaltungsreihe Schulgesetz, Johannes Schwenk, 2017.

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202
Tel.: 0351 - 32 31 666
www.christian-piwarz.de

| 01259 Dresden
| Fax: 0351 - 451 031 55 20
| christian.piwarz@slt-sachsen.de

